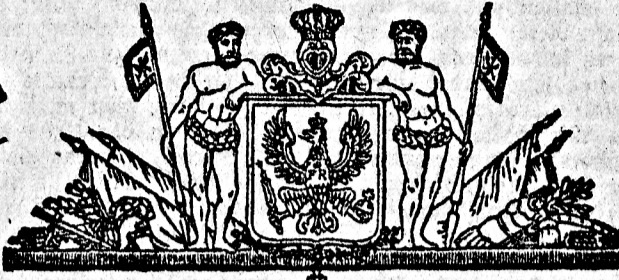


Wolffsche



Zeitung

Begründet

1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 601, 11 602 bis 11 652, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

England und Italien gegen Frankreich.

Desavouierung Millerands.

Drahtmeldungen.

Paris, 9. April. (W. L. B.)

Der Spezialkorrespondent des „Matin“ in London meldet: Man wird gewiß in Frankreich sehr überrascht darüber sein, erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuwider heute nach Abhaltung von zwei Kabinettsitzungen beschlossen hat, gegen die französische Aktion in Deutschland zu protestieren. Diese Meinung wird unsere britischen Freunde, die in ihrer Mehrzahl seit zwei Tagen dauernd und ihrer Unterstützung versichert haben, ebenso überraschen, wie uns selbst.

Eine Note offiziellen Charakters, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, besagt: „Der Eindruck, der hier verbreitet war und durch die in Frankreich abgegebenen Erklärungen bestätigt wurde, daß die alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Belgien mit der französischen Regierung vollständig einig seien, ist gänzlich irrig. Die Wahrheit ist, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der Politik eines Einrückens in die neutrale Zone immer entgegen gewesen sind. Es macht den Eindruck, daß die französische Regierung aus Gründen, die ihr gut scheinen, dieses Einrücken aus eigener Initiative vorgenommen hat, ohne die Zustimmung der Verbündeten abzuwarten. Die Stellung der englischen Regierung zu dem Problem der sozialen Unruhen ist die, daß es allein eine Angelegenheit derjenigen Regierung ist, die jetzt nach Wiederherstellung des Friedens das deutsche Volk vertritt, und daß es die Alliierten nichts angeht, da sich die Ereignisse außerhalb derjenigen Zone vollziehen, für die diese verantwortlich sind.“

Der Korrespondent meldet dann dazu: Die offizielle Protestnote werde morgen (heute, den 9. April) durch Lord Derby Herrn Millerand übergeben werden. Lloyd George, der gestern abend nach London zurückgekehrt ist, hat heute früh in Downing Street den französischen Botschafter empfangen und mit ihm eine lange Unterredung gehabt. Lloyd George wird am 9. April nach Paris in Begleitung verschiedener Vertrauensleute reisen. Die britische Regierung habe Camden benachrichtigt, daß sie die Frage der französischen Intervention in Deutschland nicht in derselben Weise wie die französische Regierung ansehe.

gh Paris, 9. April.

Vertmar schreibt im „Echo de Paris“: „Wenn die englischen Telegraphenagenturen sich nur den Mitteilungen der britischen Regierung zur Verfügung stellen, so befinden wir uns einem Akt gegenüber, der auf den Beziehungen zwischen Frankreich und England lasten wird. Man hofft aber immer noch auf eine Berichtigung der gestrigen Note der englischen Telegraphenagenturen. Lloyd George hat sich gestern wieder einmal öffentlich geäußert; er ist derselbe, der er vor 1914 gewesen ist: ein unerkennbarer Politiker, der 1914 noch nach dem Ultimatum an Serbien eine Abklärung Europas voraussehen wollte.“

* Basel, 9. April.

Dem „Temps“ zufolge hat Nitzi den in London weilenden Außenminister Scislovs aufgefodert, sich mit Lloyd George zum Zwecke einer gemeinsamen diplomatischen Aktion gegenüber Frankreich ins Einvernehmen zu setzen.

Die römischen Blätter melden, der italienische Botschafter in Paris habe dem französischen Ministerpräsidenten erklärt, daß Italien an der Befestigung des Matinauges nicht teilnehmen und sich auch nicht um die Folgen kümmern, die aus dem Vorwärtsschritt der französischen Truppen entstehen könnten. Eine ähnliche Mitteilung soll auch der englische Botschafter in Paris abgegeben haben.

Die „Agenzia Stefani“ verbreitet eine Mitteilung der „Idea Nazionale“, wonach die französische Befestigung als eine schwerwiegende Handlung anzusehen sei, die die Alliierten, ohne auf die Konferenz von San Remo zu warten, sofort prüfen müssen.

Brüssel, 8. April. (Havas-Reuters.)

Der Ministerrat trat nachmittags unter dem Vorsitz des Königs zusammen und prüfte die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage. In dem Wunsche, den Bruch der Einigkeit der Alliierten gegenüber

Deutschland zum Ausdruck zu bringen und Zeugnis für die Freundschaft mit Frankreich abzulegen, hat die Regierung beschlossen, der französischen Regierung mitzuteilen, daß sie bereit ist, durch Entsendung einer Abteilung an den von der französischen Regierung getroffenen Befestigungsmaßnahmen, die nach der Räumung der gesamten neutralen Zone durch die Reichswehrtruppen ihr Ende finden, teilzunehmen.

Deutsch-amerikanischer Friede.

Drahtmeldung.

Washington, 8. April. (Reuters.)

Der Vorsitzende des Geschäftsausschusses Campbell eröffnete im Repräsentantenhaus die Aussprache über die gemeinsame Entschließung, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird. Campbell erklärte, der Krieg sei tatsächlich beendet. Daher sei es Pflicht des Kongresses, dies zum Ausdruck zu bringen. — Die Annahme eines Antrages zur Geschäftsordnung, in dem die Aussprache auf neun Stunden beschränkt wird, mit 213 gegen 153 Stimmen, wobei sechs Demokraten mit den Republikanern stimmten, deutet darauf hin, daß die Entschließung morgen angenommen wird.

Frankreichs Haftpflicht.

Das Wolffsche Telegraphenbüro teilt mit: Der französischen Regierung ist folgende Note überreicht worden: „Die durch den Friedensvertrag nicht gerechtfertigte und vorher nicht angekündigte Befestigung deutschen Gebietes hat zu zahlreichen Zwischenfällen geführt. Dabei hat unter anderem eine Reihe Deutscher den Tod erlitten, eine größere Anzahl ist verwundet worden. Unter Wahrung aller weiteren Ansprüche, die der deutschen Regierung aus dem französischen Vorgehen erwachsen, erklärt sie schon jetzt, daß sie die französische Regierung jedenfalls für alle Schäden haftbar macht, die Deutschen durch die jüngsten Vorwärtsschritte entstanden sind oder noch entstehen können. Eine weitere Mitteilung behält sich die deutsche Regierung bis nach Prüfung der Einzelfälle vor.“

Französisches Entgegenkommen?

Zu den Verhandlungen über eine Verlängerung des Abkommens vom 9. August 1919, durch das, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages, die Genehmigung zur Aufstellung einer geringen Truppenmenge im neutralen Gebiet gegeben wurde, wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß die Franzosen einer Verlängerung des Abkommens nicht abgeneigt zu sein scheinen.

Der „Temps“ schreibt, Frankreich sei für die blutigen Vorfälle in Frankfurt nicht verantwortlich. Wenn die deutsche Regierung den Befehl erlassen habe, keinen Widerstand zu leisten, so bedauere Frankreich, daß diesem Befehl so schlecht Folge geleistet wurde. Die Frankfurter Ereignisse seien nur eine Episode. Man müsse das Ganze betrachten. In der Frage der Friedenssicherheiten solle man fortgesetzt auf Deutschlands Widerstand. Wenn die große Mehrheit des deutschen Volkes, die angeblich den Frieden wünsche, von einer unverbesserlichen Minorität beherrscht werde, die reich und mächtig genug sei, um die Volksmassen mitzureißen und die Regierung zu beeinflussen, so sei Europa solange in Gefahr, bis diese Unverbesserlichen zur Vernunft gebracht werden. Vielleicht werde jetzt die künftige Entwicklung Deutschlands, von der das europäische Gleichgewicht abhängt, entschieden.

Die Nachricht, daß Delegierte der Städte im Ruhrgebiet nach Paris reisen würden, um dort die Notwendigkeit des Truppenrückzuges nachzuweisen und zu belegen, wird bemerkt.

Der Kampf um die Massen.

Von

Maxis Passarge,

Beizierpater der „Wolffschen Zeitung“.

* Rom, Anfang April.

Aus einer fast zehnständigen Dauer Sitzung ist das neue Kabinett Nitzi, wie schon dröhnend gemeldet wurde, mit 55 Stimmen Mehrheit hervorgegangen, ein Erfolg, den in so großem Umfang eigentlich niemand erwartete und der daher einzig und allein der persönlichen Geschicklichkeit des Ministerpräsidenten zugesprochen werden muß. Er konnte die Sozialisten nicht überzeugen und die Konservativen sich nicht verschönnen. Aber die Popolari gaben ihm kompakt ihre hundert Stimmen, die Liberal-Demokraten ihre achtzig, die Radikalen etwa fünfzig und der Rest fand sich aus Kleinen, aber bedeutsamen Desertionen aus den Reihen der Gegner zusammen. Nitzi wird also nun doch in den Blumenbüschen der Riviera seine verbündeten Gäste als anerkannter Herr des Hauses empfangen dürfen; um so mehr als aus den Kammerdebatten mit aller Deutlichkeit hervorging, daß das ganze Land hinter der durch den italienischen Ministerpräsidenten in London vertretenen auswärtigen Politik steht. Man wird auch von der Türkei sprechen und es wird sich zeigen, ob Nitzis Versicherung, Italien stehe in Konstantinopel und Kleinasien vollkommen gleichberechtigt neben den Verbündeten, und lehne es stolz ab, ein Vasall Englands zu sein, mehr ist als eine persönliche Überzeugung und ein leichtverständlicher Wunsch. Jedenfalls beginnt für das neue Kabinett die rechte Arbeit erst nach der Rückkehr aus dem Paradies von San Remo in die schwillere und gemittlerchwangere Atmosphäre des Auditoriums von Montecitorio.

Denn bis dahin werden z. B. die Merkanten, die gestern nach langen Schwankungen der Regierung am Ende doch geschlossen das Vertrauen ausgesprochen, ihren Nationalkongress hinter sich haben, der in Neapel nächster Tage über die künftige Haltung der Partei entscheiden soll. Es wird sich darum handeln, festzustellen, ob man bisher das Mandat der Wähler erfüllt hat und welche Mittel zu ergreifen sind, um heute keinen Schritt zu tun, den man morgen bereuen müßte. Dieses Parlament ist derart, daß die Regierung schließlich mit Überwachungen rechnen muß und daß die Regierung es deshalb schließlich auch einmal mit der Auflösung überraschen kann. Bei den Neuwahlen würden sich dann mehr als das letzte Mal im Kampf um die Massen Merkanten und Sozialisten gegenübersehen. Und es würde sich dann darum handeln, so in der Vergangenheit dazustehen, wie man in der Zukunft erscheinen möchte. Für die Merkanten kommt es darauf an, ob sie ihrem linken, von Mikolli geführten Flügel oder dem rechten unter Leitung Medas folgen wollen. In Bergamo und in Turin haben die örtlichen Verbände sich bereits für Mikolli entschieden, mit einem Programm, das einerseits freilich nach Anerkennung aller Arbeitsorganisationen und Bekämpfung der anarchistischen Elemente fordert, andererseits jedoch unumwunden für legislative Arbeitskammern, Übergang des Grund und Bodens an die Bauern, wachsende Vermögenssteuer und Einziehung der Kriegsgewinne, politische Unterbindung der Kriegführung und außergewöhnliche Einschränkung der militärischen Ausgaben als Vorbereitung zur Demobilisierung eintritt. Man wird zugeben, daß dies als Ausgangspunkt recht viel ist und daß sich die Konsequenzen daraus in unübersichtlichen Fortzügen verlieren.

Wenn diese Richtung in Neapel Erfolg haben sollte, oder wenn sie dort auch nur zum Teil sofort praktisch und zum andern zunächst nur theoretisch angenommen würde, so müßte sich nach der Wiederaufnahme der Kammerdebatten die Haltung der Merkanten der Regierung gegenüber danach einrichten. Ein kleines Anzeichen dafür, daß auch innerhalb der parlamentarischen Fraktion der Merkanten Volksparteiler bereits keine der extremen Richtung schlummern, könnte man darin erblicken, daß sie sich durch den Mund Medas dem sozialistischen Antrag wegen Verbehalten des niedrigen Brotpreises für die arbeitenden Klassen angeschlossen und auch nichts dagegen einzuwenden hatte, daß im Bedarfsfalle der Staat von den zu konfiszierenden Kriegsgewinnen die Differenz zwischen dem wirklichen und dem politischen Brotpreis (600 Millionen monatlich) decke. Kurz nachdem die Regierung das Vertrauen ausgesprochen erhalten hatte, nur Minuten danach, befand sie sich so bereits in der unangenehmen Lage, zu diesem sozialistischen Antrag Stellung nehmen zu müssen. Sie erklärte zunächst, daß sie sich nur mit dem ersten Teil, der den Arbeitern das billige Brot sichern wollte, einverstanden erklären könne, den zweiten, der von Konfiskation sprach, aber ablehne. Als jedoch selbst die Volksparteiler eine annehmbare Auslegung des maximalistischen Textes fanden,